

aktionstag gegen staatliche repression

**KRIMINELL IST DAS SYSTEM  
UND NICHT DER WIDERSTAND!**

doppel-  
8.11. demonstration

erst 12 uhr, Lorenzkirche/nürnberg  
dann 14:30 uhr, hauptbahnhof/fürth

aktuelle informationen und prozesstermine unter

**Redside.tk**  **antifa-fuerth.de.vu**

Seit einigen Jahren etablieren sich in Fürth antifaschistische und antikapitalistische Strukturen, die seit nunmehr einem Jahr Zielscheibe massiver staatlicher Repression sind. Vorausgegangen waren erfolgreiche antifaschistische Aktivitäten, durch die z.B. Nazikneipen geschlossen wurden und ein Kommunalwahlantritt der Fürther NPD komplett verhindert werden konnte.

Während die Nazis der NPD mit Anschlägen auf Gewerkschaftsbüros, Wohnhäuser und Autos aktiver Antifas reagierte, die von Polizei und Justiz unbestraft blieben, setzten die staatlichen Repressionsorgane auf Verhaftung, Verfolgung und Verurteilung von AntifaschistInnen.

Begonnen hatte diese Repressionswelle mit der Verhaftung von 13 Jugendlichen, die gegen einen NPD-Infostand in Fürth demonstriert hatten. Begründung der Polizei: Ihre "Nazis raus"-Rufe hätten den Stand gestört. Dem folgte eine Serie von politischen Prozessen gegen linke Jugendliche in Fürth, die alle vom Jugendrichter Engelhardt verurteilt wurden. Vier Antifas wurden beschuldigt, mit Straßenmalkreide Anti-Nazi-Parolen an Hauswände geschmiert zu haben. Ein anderer Jugendlicher soll den Fürther Stadtrat der rechtsextremen Republikaner bedroht haben. In beiden Fällen gab es keine Beweise für die Taten, trotzdem verurteilte der Richter die nicht vorbestraften Angeklagten zu Jugendarrest und hohen Geldstrafen. Als Begründung dafür gab er die Anwesenheit von AntifaschistInnen im Saal, sowie die Anmeldung einer Anti-Nazi-Demo durch einen Angeklagten, an.

Bei einer anderen Verhandlung wegen Malen mit einem Edding verurteilte Engelhardt den Angeklagten, unter anderem zu einem einjährigen "Antifa-Aktions-Verbot". Im Klartext: Dem Jugendlichen ist es verboten gegen Nazis zu protestieren.

Alle Betroffenen haben Widerspruch gegen die Urteile eingelegt, die Berufungsverhandlungen finden nun Ende Oktober und im November statt.

Ziel von Polizei und Justiz ist es, den legitimen Widerstand gegen rechte Politik und das kapitalistische System zu kriminalisieren und so ein Erstarken linker Strukturen zu verhindern. Doch der Kampf gegen die herrschenden Zustände ist nicht kriminell! Kriminell ist der Versuch diese aufrecht zu erhalten.



**Zeigen wir den von Repression Betroffenen, dass sie nicht alleine sind,  
denn: Betroffen sind wenige, gemeint sind wir alle.**

**Kommt zur Doppel-Demonstration nach Nürnberg und Fürth.**

